

OSTVIERTEL BRIEF

GÖTTINGEN
SPD

Ausgabe 8 / 2026

Thema

WAHLEN 2026 OBERBÜRGERMEISTER, STADTRAT, KREISTAG UND LANDRÄTIN



UNSERE KANDIDATEN

→ Dr. Florian Dinger als Oberbürgermeister für Göttingen, Sylvia Binkenstein für den Rat, Dr. Schlapeit-Beck für den Kreistag und Dr. Ulrike Witt als Landrätin



THEMEN

→ 100 Jahre Hans-Jochen Vogel, die Zukunft unserer Kulturbauten und der Ausbau der Fernwärme



VERKEHRSPOLITIK

→ Verkehrswende in Göttingen: Warum Buslinien, Fahrradstraßen und Parkraum weiter für Streit sorgen

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER,

2025 war ein Jahr der Überraschungen.

Die Bundestagswahl brachte ein überraschendes Ergebnis: Für ihren Anteil an der gescheiterten Ampel-Koalition wurde die FDP bestraft. Zum zweiten Mal in ihrer Geschichte



Klaus Wettig
Vorsitzender des SPD-
Ortsvereins Göttingen-Ost

flog sie aus dem Bundestag. Ihr dogmatischer Chef Christian Lindner flüchtete danach in einen Wirtschaftsjob. Dutzendweise verabschiedeten sich FDP-Politiker aus ihren Partei-ämtern. Gescheitert ist auch das Bündnis Sahra Wa-

genknecht. Nun zerfällt die Partei. Das BSW verschwindet wie ein Komet. Nachtrauern müssen wir den Putin-Verstehern wohl nicht.

Annalena, Robert, Lisa, Steffi und Claudia sind ebenfalls verschwunden. Jürgen Trittin wechselte ins Altenteil, ebenso der in Göttingen lange wirkende Stefan Wenzel. Nach erneuter Beteiligung an einer Bundesregierung suchen die Grünen ihre politische Linie und nach attraktivem Personal. Nur Cem Özdemir hat sein Wahlg Glück in Baden-Württemberg gefunden.

Bildete das Scheitern des BSW eine Überraschung im Lager der äußersten Linken, so löste der Erfolg von Die Linke Erstaunen aus. Nur wenige rechneten mit ihrem Wiedereinzug in den Bundestag, nachdem Sahra die Partei gespalten hatte. Dem Auftrieb aus der Bundestagswahl folgte inzwischen der innerparteiliche Streit über Antizionismus und Antisemitismus.

Den demokratischen Parteien ist es nicht gelungen, das Anwachsen der AfD aufzuhalten. Deutlich ist die AfD zur stärksten Oppositionsfraktion im Bundestag geworden. Die Antwort auf diese rechtsradikale Herausforderung konnte deshalb nur heißen, dass CDU/CSU und SPD eine Koalition schließen. Eine Vernunftkoalition, die nach den Merkel-Jahren und der gescheiterten Ampel Liegegebliebenes und Vergessenes aufgreifen will. Die in schwierigen Zeiten zu einer Politik der Aktion findet. Im allgemeinen Urteil ist dies Schwarz-Rot bisher nicht gelungen, obwohl in kurzer Zeit viel auf den Weg gebracht wurde. Eine Wende ist dies aber noch nicht.

Was bedeutet dies für die Göttinger Ratspolitik? Zunächst nur so viel, dass die „große Politik“ stets auch auf die lokale Politik abfährt. Es bleibt jedoch dabei, dass lokale Fragen lokal entschieden werden müssen. Bisher ist dies über Jahrzehnte gelungen, sodass trotz unterschiedlicher Meinungen im Rat aus der Zietenkaserne die Zietenterrassen wurden, die Industriehalle auf der Bahnhof-Westseite mit der Lokhalle saniert wurde und auch die Stadthalle in neuem Glanz entstand. Nun ist plötzlich das Haushaltsbündnis mit der SPD von der CDU und ihrem Anhängsel FDP gekündigt worden. Etwas rambohaft – anders lässt sich das Auftreten der CDU nicht bezeichnen. Wilde Aktionen und undurchdachte Beschlüsse helfen der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht. Allenfalls die AfD – bisher nicht im Rat – könnte sich darüber die Hände reiben.

Mit besten Grüßen

Ihr

Klaus Wettig

HANS-JOCHEN VOGEL GEEHRT.

Die Post ehrte den gebürtigen Göttinger Hans-Jochen Vogel durch eine Sonderbriefmarke aus Anlass seines 100. Geburtstages. Vogel wurde am 3. Februar 1926 in der Vogt'schen Privatklinik in der Theaterstraße geboren. Bis zu seinem 11. Lebensjahr lebte er in Göttingen.



Marke bei der Versandstelle der Post erhältlich:
<https://shop.deutschepost.de/sammeln/philatelie>

UND SIE BEWEGT SICH DOCH.

Göttingens Kulturbauten sind in die Jahre gekommen, sodass Sanierungen zwingend notwendig sind. Angesichts der Haushaltskrise der Städte mangelt es auch in Göttingen an Sanierungsgeld, sodass Zuschüsse des Landes und des Bundes gefragt sind. Immerhin gelang die mehrjährige Sanierung der 1964 eingeweihten Stadthalle aus Eigenmitteln – trotz des Widerspruchs von CDU und Grünen. Nun hat die Sanierung

des Otfried-Müller-Hauses begonnen, die 2028 beendet sein soll. Schade: Bei einem früheren Fertigstellungstermin könnte das Junge Theater 2027 sein 70-jähriges Bestehen im sanierten Haus feiern.

Weiter warten müssen das Deutsche Theater und das Städtische Museum. Ohne Landes- und Bundeszuschüsse dürfte sich dort wenig bewegen.

NATÜRLICH DIE RADFAHRER!

„Natürlich die Autofahrer“ heißt ein immer noch gern gesehener und belachtter Heinz Erhardt-Film, der den Kampf des Polizisten Eberhard Dobermann gegen den anwachsenden Autoverkehr in den 1950er Jahren inszeniert.

Der in Göttingens Straßen spielende Film könnte heute mit neuer Besetzung unter dem Titel „Natürlich die Radfahrer“ eine Neuverfilmung erfahren. Was damals eine Minderheit von Autofahrern provozierte, löst seit

Jahren eine Minderheit von Radfahrern aus. Behindert damit eine Mehrheit von Fußgängern. Vor allem das freie Bewegen in der Fußgängerzone leidet darunter: Blockieren von Wegen durch fehlerhaftes Parken, Fahren mit Hochgeschwindigkeit in geschützten Zonen, fehlende Rücksichtnahme auf Fußgänger.

In der neuen Ratsperiode sollte neben der weiteren Realisierung des Radentscheids auch dieses Thema aufgegriffen werden.

Impressum:

Herausgegeben vom SPD-Ortsverein Göttingen-Ost
Klaus Wettig (V.i.S.d.P.), Rohnsterrassen 6, 37085 Göttingen
Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, Illerstraße 15, 71522 Backnang

SPD-GÖTTINGEN.DE

MOBILITÄT FÜR ALLE – FAIR UND VERLÄSSLICH

Verkehrspolitische Fragen sind häufig umstritten. Die Ergebnisse einzelner Entscheidungen, die auf Kompromissen beruhen, werden traditionell kontrovers beurteilt. Besonders Autofahrer, die seit Jahrzehnten ihren fahrbaren Untersatz gewohnt sind und ihren Alltag auf eine ständige Verfügbarkeit ausrichten, neigen zur Kompromisslosigkeit, etwa bei der Frage nach öffentlichem Parkraum, am besten kostenlos. Bei gelegentlichem Glatteis lassen sie ihr Auto stehen und wundern sich dann, dass auch öffentliche Verkehrsmittel vom Wetter beeinträchtigt werden.



Ginge es nach der Stadtverwaltung, würde der Bereich Jugendherberge/Theodor-Heuss-Gymnasium von der Linie 50 ausgelassen.

Verkehrspolitische Gewohnheiten brauchen

Zeit für Veränderung. Wer lässt das Auto wenigstens gelegentlich stehen, um Bus und Bahn oder Fahrrad zu nutzen? In der Studi-Stadt Göttingen ist der Anteil des Radverkehrs mit 36 Prozent am Verkehrsvolumen erfreulich hoch. Aber es geht noch mehr, wie konkrete Vorschläge zeigen.

Der Radverkehr braucht mehr eigene vom Motorisierten Individualverkehr (MIV) abgetrennte Fahrspuren, etwa auf Kreuzungen wie Nonnenstieg/Nikolausberger Weg. Der SPD-Ortsverein Göttingen-Ost fordert eine sichere Fahrradverbindung zwischen Geismar und der Oststadt. Die Kehrstraße – Auf der Lehmbünde – Sandersbeek – Galgenbreite – Schlesiering – Wörthstraße

– Beethovenstraße – Friedrich-Jenner-Straße – Calsowstraße – Lohbergstraße – Gärtner-Hesse-Weg – Kleperweg – Hainholzweg und Cheltenham-Park sollen als Fahrradstraßen ausgebaut werden. Wichtig ist unserem Ortsverein, dass umliegenden Wohnviertel verkehrsberuhigt und für den motorisierten Durchgangsverkehr gesperrt werden. Die Verkehrswende braucht Platz, im Zweifel auch zulasten des MIV.

An allen Ecken und Enden fehlen sichere Abstellmöglichkeiten, die besonders für Besitzer wertvoller Bikes von großer Bedeutung sind. Das gilt nicht nur für öffentliche Räume, sondern auch für Mehrfamilienhäuser. Öffentliche Mobilitätsstationen,

die das Carsharing wirksam voranbringen, sollten in unser Oststadt vorangebracht werden. Solche Stationen könnten auch helfen, dass weniger rücksichtslos abgestellte Elektroroller (E-Scooter) zu Stolperfallen werden.

Zum Jahreswechsel ist der neue Nahverkehrsplan (NVP) in Kraft getreten. Erstmals wurde er gemeinsam für die Stadt Göttingen und den Verkehrsverbund Südniedersachsen erstellt, so dass die Verknüpfung des Umlandes mit dem Oberzentrum stärker in den Fokus rückt. Die Umsteigeanlage in Ebergötzen, aus der Oststadt von der Haltestelle Hoffmannshof mit den Linien 160 und 170 gut erreichbar, dient dabei als Vorbild. Das endlich bis 2030 gesicherte



Die Stadt hat im Herbst die drei ersten Mobilitätsstationen gebaut, mit denen umweltfreundliche Verkehrsarten gefördert werden. Eine davon befindet sich am Friedländer Weg in Höhe der Arnoldischule.

Deutschland-Ticket macht solche Reiseweiten zu günstigen Bedingungen besonders attraktiv. Als Jobticket steckt darin noch eine Menge Potential für neue Fahrgäste.

WIRD DIE LINIE 50 WEITER WIE GEWOHNT FAHREN?

An der Linie 80 wird in absehbarer Zeit nichts verändert, eine Verlängerung vom Klausberg zum Klinikum-Ost wurde gerade erst verworfen, obwohl Haltestellen schon sichtbar wurden. Schlechter ist es um die Linie 50 bestellt. Die Stadtverwaltung möchte die Linie vom Rohns direkt über den Eichendorffplatz nach Grone führen, wo am Lange-Rekesweg ein Neubaugebiet entstehen könnte. Soll die Oststadt etwa für dessen Erschließung leiden? Dem Bereich Jugendherberge/Theodor-Heuss-Gymnasium würde die Anbindung zum Bahnhof genommen, wobei zu befürchten ist, dass der Bahnhof von der 50 gar nicht mehr angefahren würde. Die Stadtverwaltung beharrt leider auf diese Ver-

schlechterung. Im NVP heißt es auf Seite 261: „Der Planungsvorschlag beruht auf den Aspekten der Linienbeschleunigung, der Fahrplanstabilität und der notwendigen Effizienzsteigerung und wird somit weiterverfolgt.“ Die Bewohnerinnen und Bewohner der Oststadt werden also einmal mehr um den vollständigen Erhalt ihrer Buslinie 50 kämpfen müssen. Sie werden dabei vom Fahrgastbeirat der Stadt, dem Fahrgastverband PRO BAHN Südniedersachsen und dem SPD-Ortsverein Göttingen-Ost unterstützt. Hätten wir wie viele andere Stadtteile einen Ortsrat, dann wären entsprechende Anträge bereits gestellt. So bleiben uns leider nur allgemeine Instrumente, aber die werden wir gewiss nutzen!

LINIE 80 SOLL AN DER INNENSTADT VORBEIFAHREN

Doch wer nun dachte, dass damit im Sommer 2026 alles zur Busanbindung der Oststadt geschrieben wäre, wurde Ende Mai kalt erwischt. Im Umweltausschuss der Stadt enthüllte der Verkehrsbetrieb sein Plan, vier Buslinien ab Oktober aus der Innenstadt komplett zu verbannen, darunter auch die Linie 80. Das wäre für viele Fahrgäste eine gravierende Verschlechterung, wenn sie Geschäfte, Cafés oder Arztpraxen erreichen wollen. Eine Beschlussvorlage gab es nicht. Der Beschluss sollte allein hinter verschlossenen Türen fallen. Unberücksichtigt bleiben die Einschränkungen durch den aktuellen GöVB-Notfahrplan und die bei der 80 bereits vorgenommen Begradigungen, in dessen Umsetzung die 80 schon jetzt die Groner Straße auslässt und damit mehr Zeit gewinnt als sie es am überlasteten ZOB je könnte.

Die Umsetzung dieses gravierenden Eingriffs in den Stadtbusverkehr wurde zunächst von Oberbürgermeisterin Petra Broistedt gestoppt. Bis zum Jahresende sollen nun neue Vorschläge entwickelt werden. Hierzu gehört eindeutig die Beseitigung von Hindernissen für den Busverkehr durch parkende Autos.

Gerd Aschoff

GEMEINSAM FÜR EINE KLIMANEUTRALE ZUKUNFT

Die vielen Baustellen in Göttingen sind derzeit für viele Bürgerinnen und Bürger eine Belastung – das nehmen wir ernst. Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass viele dieser Arbeiten Teil eines größeren Projekts sind: der Wärmewende. Sie ist entscheidend, um unsere Klimaziele zu erreichen und die Energieversorgung zukunftssicher zu gestalten.

Ein zentraler Baustein dabei ist die Fernwärme der Stadtwerke Göttingen. Ab diesem Jahr



Volker Grothey
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Ratsfraktion

s t a m m e n bereits 75 % der Fernwärme aus erneuerbaren Energien – ein Wert, der uns im bundesweiten Vergleich weit nach vorne bringt. Die Wärme wird überwiegend aus Holz, Biomethan und Rohbiogas erzeugt, nur noch zu 25 %

aus Erdgas. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen.

Gerade im Ostviertel mit seinen vielen älteren und hochwertigen Gebäuden ist Fernwärme eine sinnvolle Lösung. Wärmepumpen stoßen hier oft an bauliche und technische Grenzen.

Fernwärme hingegen ermöglicht eine klimafreundliche Versorgung ohne große Eingriffe in die innere oder äußere Gebäudestruktur.

Wir wissen, dass die Kosten für den Hausanschluss eine Herausforderung darstellen können. Die Leitungen vom Hauptnetz bis ins Gebäude müssen von den Eigentümerinnen und Eigentümern getragen werden – eine Regelung, die aus Gründen der Fairness in ganz Göttingen gleich gilt. Das ist besonders im Ostviertel, mit großen Vorgärten, historischen Mauern und umfangreichem Baumbestand nicht einfach, aber es ist eine Investition in die Zukunft: für den Werterhalt der Immobilien, für die Umwelt und für eine sichere Wärmeversorgung.

Als SPD ist es unser Anspruch, die Wärmewende sozial gerecht zu gestalten. Klimaschutz darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb setzen wir uns für Förderprogramme, faire Finanzierungsmodelle und transparente Kommunikation ein. Unser Ziel ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Chance haben, Teil dieser Transformation zu werden – unabhängig von Einkommen oder Eigentumsstruktur. Fernwärme ist dabei ein Instrument, um ökologische Verantwortung mit sozialer Sicherheit zu verbinden.

Die Wärmewende gelingt nur gemeinsam. Fernwärme ist kein Selbstzweck, sondern ein Schritt hin zu einer klimaneutralen und lebenswerten Stadt. Lasst uns diese Chance nutzen – für unsere Häuser, unsere Stadt und unser Klima.

Volker Grothey

Am 13. September, also in wenigen Wochen, finden die Kommunalwahlen statt. Damit beginnt eine neue fünfjährige Wahlperiode. In der Göttinger Kernstadt werden der Rat der Stadt Göttingen und der Kreistag des Landkreises Göttingen neu gewählt. Außerdem stehen die Direktwahlen des Oberbürgermeisters und der Landrätin an. In den Göttinger Ortschaften werden zusätzlich die Ortsräte gewählt.

WER DARF WÄHLEN?

Wahlberechtigt sind Deutsche sowie Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten, die am Wahltag mindestens 16 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten mit Hauptwohnsitz in Göttingen leben.

WANN SIND DIE WAHLEN?

Gewählt wird am Sonntag, 13. September 2026, von 8 bis 18 Uhr. Das zuständige Wahllokal steht auf der Wahlbenachrichtigung, die automatisch per Post verschickt wird. Wer drei Wochen vor der Wahl noch keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, sollte sich beim Referat Statistik und Wahlen der Stadt Göttingen melden.

Erhält bei der Wahl des Oberbürgermeisters oder der Landrätin niemand mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, findet am 27. September eine Stichwahl statt. Bei der Stichwahl gibt es keine Briefwahl.

UND BRIEFWAHL?

Natürlich kann auch per Briefwahl gewählt werden. Die Unterlagen können bei der Stadt Göttingen beantragt werden. Eine persönliche Stimmabgabe vor dem Wahltag ist im Briefwahlbüro „Weitwinkel“, Philipp-Reis-Straße 2A, 37075 Göttingen, Eingang Nord über den Grünen Weg, möglich. Die Öffnungszeiten veröffentlicht die Stadt gesondert.

Briefwahlunterlagen können grundsätzlich bis Freitag, 11. September 2026, 13 Uhr beantragt werden. Der Wahlbrief muss spätestens am Wahltag um 18 Uhr eingegangen sein.

FRAGEN ZUR WAHL?

Stadt Göttingen – Statistik und Wahlen
Philipp-Reis-Straße 2A
37075 Göttingen
Telefon: 0551 400-5080
E-Mail: wahlen@goettingen.de

WARUM WÄHLEN?

„Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten“, hieß ein viel belachtes Graffiti am Frankfurter Hauptbahnhof. Trifft diese anarchistische Aufforderung zur Wahlenthaltung tatsächlich zu? Ändern Wahlen nichts? Macht es keinen Unterschied, ob man wählt oder zu Hause bleibt?

Der Rückblick erzählt eine andere Geschichte. Regierungen wechselten im Bund und in Niedersachsen, auch Koalitionen zwischen Parteien. Neue Parteien entstanden, andere verschwanden aus den Parlamenten. Unsere Oberbürgermeister und Landräte wechselten und es gab eine Auswahl.

Auch in der Kommunalpolitik beeinflusste die Wahl die politischen Entscheidungen. Ohne eine starke SPD gäbe es keine Gesamtschulen in Göttingen und beim Ausbau der Kindertagesstätten läge die Stadt nicht auf einem Spitzenplatz in der Bundesrepublik.

Die Wahl am 13. September entscheidet auch darüber, ob Göttingen eine tolerante und weltoffene Stadt bleibt. Nur eine hohe Wahlbeteiligung hält die Sitzzahl für die AfD im Rat und im Kreistag gering. Allein dieses Ziel lohnt die Teilnahme an der Wahl.

WAS MAN ÜBER UNSEREN WAHLBEZIRK WISSEN SOLLTE

Für die Wahlen (Stadtrat, Kreistag, Oberbürgermeister, Landrat, Bundestag) ist die Stadt in 5 Wahlbezirke eingeteilt, die annähernd gleich groß sind. Das Ostviertel gehört zum Wahlbezirk 1, zu dem aus der Südstadt noch die Straßen um die von-Osietzky-Straße und den Steinsgraben gehören, nicht jedoch die Zietenterrassen. Von den Vororten gehören Herberhausen, Nikolausberg und Roringen zum Wahlbezirk 1. Die Grenze nach Norden bildet der Nikolausberger Weg.

Im Wahlbezirk 1 wohnen ca. 17.000 Wahlberechtigte.

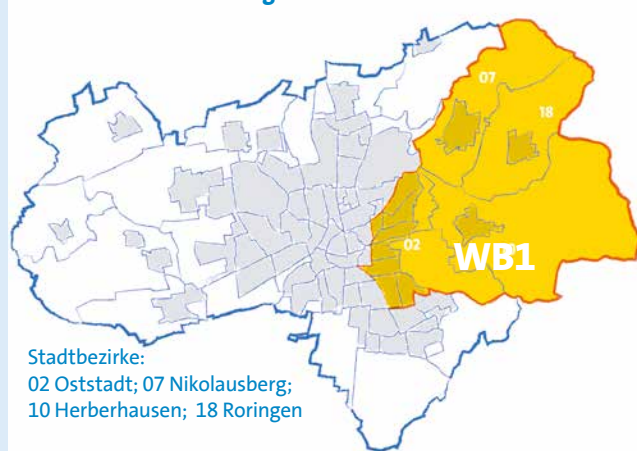
Die Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten, die in einem Wahlbezirk aufgestellt werden dürfen, bemisst sich nach

der Größe des Rates bzw. des Kreistages.

Für die ebenfalls am 13. September stattfindende Oberbürgermeister- und Landratswahl wird in denselben Wahlbezirken gewählt, d.h.

jede/r stimmt viermal ab. Falls keiner der Bewerber die absolute Mehrheit der Stimmen erhält, stehen zwei Bewerber mit der höchsten Stimmenzahl am 28. September in einer Stichwahl erneut zur Wahl.

Wahlbereich 1: Göttingen - Oststadt



Stadtbezirke:
02 Oststadt; 07 Nikolausberg;
10 Herberhausen; 18 Roringen

WIE WIRD FÜR STADTRAT UND KREISTAG GEWÄHLT?

Um den Wählerinnen und Wählern einen größeren Einfluss auf die Zusammensetzung, des Rates oder Kreistages zu geben, unterscheidet das Kommunalwahlrecht zwischen der **Parteistimme** und der **Personenstimme**.

Wer sich bei den Personen nicht auskennt, kreuzt die Partei seiner Wahl an.

Wer unter den Kandidatinnen und Kandidaten auswählen möchte, besitzt dafür **drei Stim-**

men. Sie/Er kann sie auf eine/n Kandidat/in konzentrieren, was in der Fachsprache **Kumulieren** heißt oder über zwei/drei Kandidat/innen verteilen, **Panaschieren** nennt sich diese Handlung. Sämtliche Stimmen für eine Partei und ihre Kandidatinnen und Kandidaten werden für den Wahlbereich und schließlich für die Stadt bzw. den Landkreis zusammen gezählt.

Das Gesamtergebnis entscheidet über die Zahl der im Rat oder Kreistag errungenen Sitze.

KOMMUNALWAHL-SPEZIAL STADTRAT

→ SYLVIA BINKENSTEIN RECHTSANWÄLTIN



SYLVIA BINKENSTEIN lebt seit über 40 Jahren in Göttingen und hat schon in fast allen Quartieren der Stadt gewohnt.

Sie ist über 30 Jahre Rechtsanwältin in den Bereichen Bau-, Arbeits- und Urheberrecht. Sie hat besondere Erfahrungen in der Projektentwicklung von Bauvorhaben, die sie über 20 Jahre für eine Berliner Immobilienverwaltung bundesweit ausgeübt hat. Seit Beginn ihrer Ratstätigkeit im Jahr 2011 ist sie Mitglied im Bauausschuss. Sie will eine bürgerschaftsorientierte Stadtentwicklung durchsetzen. Ein zentrales Ziel ist die Schaffung von mehr Wohnraum. Sie hat sich für das Bündnis für Wohnen eingesetzt.

Seit 2021 ist sie Vorsitzende des Kulturausschusses. Sie förderte in dieser Zeit den Erhalt beider Theater und die Sanierung des Jungen Theaters. Sie setzte sich für die zukünftige Finanzierung des Göttinger Symphonie Orchesters ein, wie auch der kleinen Kulturinstitutionen wie der Musa und der im Verein Kunst e.V. zusammengeschlossenen Institutionen. Ein Thema sind die Kosten für

die Nutzung der Stadthalle für in der Stadt beheimatete Kulturinstitutionen. Als Vorstandsmitglied des Förderkreises Kunsthaus Göttingen e.V. unterstützt sie das Kunstquartier.

Sehr viel Sorge bereitet ihr der unsichere Weg an der Herzberger Landstraße von der Endhaltestelle der 50 zur Jugendhilfe Am Rohns. Es ist eine große Gefahr für die Alleinerziehenden mit ihren Kindern insbesondere in der dunklen Jahreszeit.

Als Vorsitzende des Turn- und Wassersportvereins Göttingen von 1861 e.V. liegt ihr der Kieselsee am Herzen. Die auf dem See betriebenen Wassersportarten erfahren immer mehr Einschränkungen durch die zunehmende Verschlammung. Es kommt zum Fischsterben und zu einer Geruchsbildung, die dem Erholungsort nicht gerecht wird.

In der Freizeit kümmert sich Binkenstein um ihren Garten in der Kleingärtneranlage „Am Rohns“.



➔ **DR. ANDREA BINDIG**
RICHTERIN

DR. ANDREA BINDIG, 1981 in Leipzig geboren, hat in Göttingen und Leuven (Belgien) studiert. Nach Promotion und Referendariat in Hannover arbeitete sie am Sozialgericht Hannover, später am Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen in Celle. Ab März 2025 war sie Referatsleiterin im Niedersächsischen Justizministerium. Der Richterwahlausschuss des Deutschen Bundestages wählte Dr. Bindig zum März 2026 zur Richterin am Bundessozialgericht.

Dr. Andrea Bindig ist Mitglied des Aufsichtsrats der Wohnungsgenossenschaft eG Göttingen. Sie leitet den Ortsverein der Arbeiterwohlfahrt Göttingen, der das Nachbarschaftszentrum Lönsweg-Ebertal unterstützt.

Dr. Andrea Bindig kandidiert für den Rat der Stadt Göttingen, um sich um die Themen Wohnen, Barrierefreiheit und lebenswerte Quartiere zu kümmern



➔ **NIKOLAY DONIN**
STUDENT

NIKOLAY DONIN wurde 2002 in St. Petersburg (Russland) geboren. Seit 2007 lebt er in Göttingen und studiert seit 2021 nach dem Abitur am Theodor-Heuss-Gymnasium Angewandte Informatik an der Georg-August-Universität. 2023 gründete er ein Bewachungs- und Beratungsunternehmen.

Mit seiner Kandidatur möchte er Probleme durch Ausbau und Anpassung der digitalen und analogen Infrastruktur angehen. Sein Ziel ist es, Barrieren auf der Straße, in der Wohnung und bei Behörden abzubauen, damit alle Menschen ein freieres und selbstbestimmteres Leben führen können. Kinder, Eltern und Senioren profitieren von Lösungen, wenn ihre Anträge schnell bearbeitet werden.

Wichtige Anliegen für ihn sind das Pflegesystem, das Schwerbehindertenrecht sowie der Tier- und Naturschutz. Deshalb hilft er Menschen, Pflegegrade zu erhalten und Barrieren im Wohnraum zu beseitigen, und engagiert sich bei der Rehkitzrettung, der Waschbärbeseitigung und der Landschaftspflege mit Schafen.

WAHLPROGRAMME

Wie bei jeder Kommunalwahl gibt es auch für die Kommunalwahl am 13. September ein Wahlprogramm der SPD. Es gibt sogar zwei Programme: für die Ratswahl und für die Kreistagswahl, da Göttingen für den Rat und für den Kreistag wählt.

Für die Ratswahl kann das Programm unter spd-goettingen.de abgerufen werden.

Für die Kreistagswahl unter spd-ub-goettingen.de.

KLAUS WETTIG wurde 1940 in Göttingen geboren. Nach dem Realschulabschluss erlernte er den Beruf des Schriftsetzers beim Göttinger Tageblatt. Das Abitur erwarb er 1962 im Zweiten Bildungsweg. In Göttingen studierte er Rechts- und Sozialwissenschaften sowie Literaturwissenschaft und Geschichte.

Als enger Mitarbeiter folgte er dem SPD-Politiker Peter von Oertzen 1970 in das Kultusministerium, wo er die politische Planung der Bildungsreformen übernahm. 1975/76 arbeitete er im revolutionären Portugal als Politik-Berater im Auftrag der SPD. Von 1979 bis 1994 war er Abgeordneter im Europäischen Parlament, mit den Arbeitsfeldern Reform der Agrarpolitik, Beitritt von Portugal, Spanien und Schweden sowie Integration der ehemaligen DDR. Nach dem Mandatsende organisierte Klaus Wettig Kulturprojekte in Göttingen und Berlin und gehörte zur Geschäftsführung einer Verlagsgruppe.

Nach seinem Eintritt in die SPD 1962 engagierte sich Klaus Wettig in zahlreichen Ämtern, seine Schwerpunkte waren die Schul- und Kulturpolitik. Von 1976 bis 1984 gehörte er dem Kreistag an. Er gehörte zu den Initiatoren der ersten Gesamtschulen in Göttingen und setzte eine weitblickende Schulplanung im Landkreis durch. Ab 1994 war er für 18 Jahre Vorsitzender der VHS Göttingen e.V., in dieser Zeit bereitete er die Fusion mit der Kreisvolkshochschule vor. Sein kulturpolitisches Engagement konzentriert sich jetzt auf den Vorsitz im Beirat für den Göttinger Literaturherbst.

Im Rat möchte er Mehrheiten für ein deutliches kulturelles Profil der Region Südniedersachsen organisieren.

LARS GARGULLA wurde 1975 in Göttingen geboren. Er ist Werbe-Fachmann und Politik-Berater, arbeitet aktuell als Büroleiter einer Landtagsabgeordneten.

Politisch engagiert er sich seit vielen Jahren für Göttingen: Von 2001 bis 2006 gehörte er bereits dem Rat der Stadt an, heute ist er für die SPD Mitglied im Jugendhilfeausschuss sowie Vorsitzender des Beirates der Kommunalen Dienste Göttingen (KDG). 2014 war er Mitbegründer und Sprecher von „Goettingen Hilft“. Zudem ist er Mitglied des SC Hainberg, verschiedener Fördervereine und des Vereins D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt.

Besonders wichtig sind ihm eine starke Kinder- und Jugendpolitik, die jungen Menschen echte Chancen und Beteiligung ermöglicht sowie eine moderne und bürgernahe Verwaltung, die für die Menschen da ist. In seiner Freizeit ist er gerne im Hainberg unterwegs.



➔ **KLAUS WETTIG**
KULTURMANAGER



➔ **LARS GARGULLA**
WERBEFACHMANN



DR. FLORIAN DINGER **FRISCHER BLICK. KLARE RICHTUNG.**

Liebe Bürgerinnen und Bürger, ich bin Florian Dinger und kandidiere für das Amt des Oberbürgermeisters in Göttingen – mit frischem Blick und klaren Zielen. Seit über 20 Jahren lebe ich mit meiner Familie hier, habe in Göttingen studiert und gearbeitet. Ich weiß, wie viel Potenzial in unserer Stadt steckt – und möchte es gemeinsam mit Ihnen nutzen.

Mit meinem Göttingen-Plan setze ich drei Schwerpunkte für eine lebenswerte, gerechte und zukunftsfähige Stadt bis 2040:

DIE STADT ALS PARTNERIN IM ALLTAG

Ich will gute Lebensbedingungen für alle: bessere Kita-Betreuung, eine verlässliche Ganztagsgrundschule, bezahlbaren Wohnraum sowie sichere und saubere Straßen. Kultur- und Sportangebote sollen erhalten und weiter gestärkt werden.

DIE STADT ALS MÖGLICHMACHERIN

Eine moderne Verwaltung muss unterstützen statt bremsen. Dafür setze ich auf klare Bürgerorientierung, Digitalisierung und eine neue Führungskultur. Eine Göttingen-App und ein Familienrathaus sollen den Alltag spürbar erleichtern.

DIE STADT ALS ZUKUNFTSMOTOR

Mobilität muss fair für alle Verkehrsteilnehmer funktionieren. Fußgänger, Radfahrer, Busfahrer und Autofahrer müssen unsere Straßen gleichberechtigt nutzen können. Deshalb müssen Fußwege sicherer und der Busverkehr verlässlicher werden. Den Radentscheid setze ich weiter um, und es wird keine Barrieren für Pendler, Lieferanten und Betriebe geben, die weiterhin auf das Auto angewiesen sind.

Die Klimapolitik ist heute eine Notwendigkeit für ein gesundes Leben. Mein Ziel ist deshalb die konsequente Einsparung von CO₂ und Schutz vor den Folgen des Klimawandels. Die

Umgestaltung der Stadt zur Schwammstadt und der Schutz vor Hitze werde ich also rasch vorantreiben.

Die Innenstadt muss vitaler werden. Das will ich z. B. durch einen Masterplan Nachtkultur und eine als Kommunikations- und Begegnungsort gestaltete Stadtbibliothek erreichen.

Und natürlich werde ich auch die Chancen unserer Wissenschaftslandschaft für die Stärkung unserer Wirtschaftskraft nutzen.

Ich konnte meinen Plan für ganz Göttingen hier nur kurz umreißen. Wer sich den gesamten Plan in allen Einzelheiten anschauen will, der kann dies unter **www.florian-dinger.de** tun. Aber natürlich haben die Orts- und Stadtteile auch besondere Anliegen. Auch diese werde ich da, wo es möglich ist, angehen.

Für diese Ziele werde ich als Oberbürgermeister von Göttingen eintreten. Nicht aus dem „Elfenbeinturm“ des Rathauses heraus, sondern im Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern, z. B. auf besonderen „Stadtteiltouren“. Als Oberbürgermeister werde ich erreichbar und ansprechbar sein – in den Stadtteilen und im Rathaus.

Ihr



DR. ULRIKE WITT - DAMIT UNSER LANDKREIS FUNKTIONIERT

Ich bin Dr. Ulrike Witt. Ich kandidiere als Landrätin für den Landkreis Göttingen, weil ich überzeugt bin: Unser Landkreis braucht Verlässlichkeit, neues Vertrauen und einen klaren Blick nach vorn.

Politik darf nicht abstrakt bleiben. Sie muss dort spürbar werden, wo Menschen merken, ob etwas funktioniert: beim Antrag im Kreishaus, in der Pflegeberatung, in der Schule, beim Weg zur Arbeit, zum Arzt oder zur Behörde.

Ich leite das Amt für Regionalentwicklung in Braunschweig. Seit vielen Jahren beschäftige ich mich mit der Entwicklung von Regionen. Für mich geht es immer um die Frage: Wie verbessern wir Lebensqualität und Zukunftsperspektiven vor Ort ganz konkret? Ich kenne Strukturen, Verwaltungsabläufe und Zusammenarbeit mit Kommunen, Unternehmen und sozialen Trägern.

„Mein Ziel ist ein Landkreis, der funktioniert: im Alltag, in der Krise und für die Zukunft.“

Im Alltag heißt das: Familien brauchen Unterstützung, die verständlich ist und rechtzeitig ankommt. Pflegeberatung muss erreichbar sein, bevor Angehörige überfordert sind. Verwaltung muss klar, ansprechbar und serviceorientiert arbeiten. Schülerverkehr und Nahverkehr müssen verlässlich sein und zum Alltag passen.

In der Krise muss der Landkreis vorbereitet sein. Starkregen, Hochwasser, Hitze, Waldbrand, Stromausfälle oder gestörte Kommunikation sind keine Theorie mehr. Menschen

brauchen Orientierung, Schutz und klare Zuständigkeiten. Katastrophenschutz, Warnketten und Notfalltreffpunkte müssen so entwickelt werden, dass niemand allein gelassen wird.

Für die Zukunft braucht unser Landkreis gute Schulen, starke Ausbildung und echte Perspektiven für junge Menschen. Ausbildung, Handwerk, Pflege, Verwaltung, Landwirtschaft, Industrie, Handel und soziale Berufe halten unsere Region am Laufen. Schulen, Betriebe, Jobcenter, Arbeitsagentur, Jugendhilfe und Landkreis müssen besser zusammenarbeiten.

Ich will einen Landkreis, der zusammenhält: zwischen Stadt und Land, Göttingen und dem Harz, Leinetal, Eichsfeld, Weserbergland und Südharz. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten nicht, dass überall alles gleich sein muss. Aber überall muss ein gutes Leben möglich sein.

Dafür kandidiere ich: für eine Verwaltung, die handelt; für Politik, die zuhört; für klare Entscheidungen und Respekt. Vertrauen gewinnt man nicht mit großen Ankündigungen, sondern durch verlässliche Führung, ehrliche Arbeit und gelöste Probleme. Ich will einen Problemlöser-Landkreis: nah bei den Menschen, sicher im Handeln und offen für Zukunft.

→ **DR. DAGMAR
SCHLAPEIT-BECK**
SOZIAL- UND KULTUR-
WISSENSCHAFTLERIN



Als kulturpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion konnte ich in der letzten Wahlperiode einige Akzente setzen. Wir haben die Kulturförderrichtlinien gelockert, damit Antragsteller weniger Bürokratie erleben. Eine Kulturentwicklungsplanung wurde gestartet, an der 700 Kultureinrichtungen, Kulturschaffende, Vereine und Institutionen beteiligt werden.

Dem Landkreis wird es angesichts der knappen kommunalen Finanzmittel auch in Zukunft kaum möglich sein, mehr Geld in die Kulturförderung zu stecken. Aber die Strukturen können verbessert werden. In den Workshops der Kulturentwicklungsplanung wurden Wünsche nach Berücksichtigung von Tarifsteigerungen, mehr Planungssicherheit durch mehrjährige Förderzusagen und eine schnelleren Auszahlung von Fördermitteln geäußert. Diese Ziele werde ich weiterverfolgen. Als ehemalige Kul-

turdezernentin der Stadt Göttingen hatte ich sie dort bereits umgesetzt.

Wir haben durchgesetzt, dass der Kulturpreis des Landkreises modernisiert und weitergeführt wird. Die Verwaltung wollte den Kulturpreis einstellen.

Eine schwierige Entscheidung war die Schließung der Kreismusikschule. Die Kreismusikschule war überwiegend im Altkreis Osterode tätig, zuletzt weder finanziell, noch personell oder organisatorisch leistungsfähig. Dies ist aber nicht das Ende der musikalischen Förderung im Landkreis. Im Gegenteil: Die SPD steht für die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Im Altkreis Osterode und in Hann. Münden wird die Volkshochschule von Stadt und Landkreis künftig den Musikunterricht anbieten. Im Altkreis Göttingen wird dies die private Musikschule „musikuss“ übernehmen. Um

auch Kindern einkommensschwächerer Eltern Instrumentalerziehung zu ermöglichen, wird die SPD im Kreistag für diese Kinder ein Stipendienprogramm beantragen.

Der Landkreis Göttingen ist Mitgesellschafter der Deutsches Theater GmbH geworden. Dies ist ein Bekenntnis für das wichtigste Kommunaltheater in Niedersachsen. Und damit muss auch der bisherige Ausschluss einer Mitfinanzierung der Gebäudesanierung überdacht werden. Die fehlende Übernahme der Tarifsteigerungen für das DT und das Göttinger Symphonie Orchester durch das Land soll ab 2027 zwar aufgehoben werden, was sehr zu begrüßen ist. Dies reicht aber nicht aus, denn in den letzten Jahren sind bei den Kultureinrichtungen erhebliche Defizite entstanden. Wir werden uns weiter beim Land dafür stark machen, dass die Kultur im Raum Südniedersachsens angemessen gefördert wird.

Auch das Junge Theater und gehört dazu, dass seit der Zeit der CDU-Landesregierung keine Landesförderung mehr erhält und ausschließlich von Stadt und Landkreis Göttingen finanziert wird. Die Breitenwirkung des Jungen Theaters und seine Qualität sind herausragend und müssen weiterhin unterstützt werden. Als Ergebnis unseres Engagements ist die Versorgung auch kleinerer Gemeinden mit großartigen Kulturangeboten zu sehen, die etwa von den Göttinger Handel-Festspielen oder dem Literaturherbst angeboten werden. Über die musa werden auch kleinere Kulturanbieter in der Region dabei unterstützt, vor Ort attraktive Angebote zu organisieren.

Vorbildlich ist der Einsatz des Landkreises für die Gedenkkultur. Auch aufgrund meines Engagements wurde das Jüdische Gedenkbuch um den Altkreis Osterode erweitert und überarbeitet. Es steht heute sowohl digital als auch in einer Print-Fassung zur Verfügung. Es umfasst 950 Biografien jüdischer Mitbürger, die von den Nationalsozialisten verfolgt und getötet wurden.

Liebe Tante Annemarie,

überraschend fand ich in Deinem letzten Brief Deine Kritik an den Göttinger Grünen, denen Du vorwirfst, dass sie mit ihrer Kandidatin für das Amt des Oberbürgermeisters die Interessen Göttingens vernachlässigen. Göttingen ist Deine Geburtsstadt, jetzt lebst du aber in Bonn. Was bewegt Dich zu Deiner Kritik?

Bedenkenswert bei der Göttinger Entscheidung sind sicher Deine berichteten Bonner Erfahrungen, wo nach Deinem Bericht und dem, was ich in der Presse gelesen habe, die gewählte grüne Oberbürgermeisterin den Anforderungen der Leitung einer Großstadt nicht gewachsen war. Eine Großstadtverwaltung ist schließlich keine Übungsfirma, kein Trainingszentrum.

*Deine zornigen Bemerkungen zum Personalangebot der Grünen habe ich überprüft. Ja, Du hast Recht: Die Grünen haben uns zu oft Politiker*innen für Spitzenämter präsentiert, die ihre Arbeit nicht erledigt haben. Auch daran ist die Ampelkoalition gescheitert.*

Die Grünenkandidatin bietet nach ihrer Ausbildung und Berufstätigkeit wenig für die Aufgaben einer großen Stadtverwaltung. Deinem Urteil kann ich nach genauerer Betrachtung nur zustimmen. Vielleicht liefert sie uns dazu noch nähere Aufklärung. Gewählt wird ja erst in vier Wochen.

*Mit herzlichem Gruß
Dein Neffe Kevin*



GERD ASCHOFF wohnt seit 1977 in Göttingen, seit 1995 in der Oststadt. Als Journalist hat er nach seinem SoWi-Studium in Göttingen verschiedene Stationen (von der SPD-Ratsfraktion über das Nds. Wirtschaftsministerium und das Göttinger Tageblatt bis zur Messe Sindelfingen) durchlaufen.

Den Kreistag und die Kreisverwaltung kennt er als früherer Mitarbeiter der SPD-Kreistagsfraktion. In der SPD ist er im Ortsvereinsvorstand Göttingen-Ost für die Finanzen verantwortlich. Er ist Mitglied der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und des Stadtradio-Trägervereins. Er sieht sich als Mahner für einen offenen Umgang der Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern in herausfordernden Zeiten.

Als leidenschaftlicher Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel und langjähriger Vorsitzender im Fahrgastverband PRO BAHN Region Südniedersachsen engagiert er sich für bessere Bus- und Bahnverbindungen. Als Vorsitzender des ZVSN-Fahrgastbeirats setzt er sich für verbesserte Busverbindungen zwischen Göttingen und dem Umland ein. Die Umsetzung des gemeinsamen Nahverkehrsplans von Stadt Göttingen und ZVSN hat für ihn höchste Priorität. Verschlechterungen im Göttinger Stadtbusverkehr lehnt er ab und erwartet von der Stadt und dem Verkehrsbetrieb tragfähige Alternativen, die den Interessen der Fahrgäste besser gerecht werden.

PETRA HILLEBRANDT, wohnt seit 1982 in Göttingen, sie war bis 2021 hier berufstätig.

Nach einer Ausbildung als Industriekauffrau in Hannover und Tätigkeit als Buchhalterin im Ausbildungsunternehmen, erwarb sie am Hannover-Kolleg zum Erwerb des Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg. Studium der Anglistik und Politikwissenschaft an der Universität Hannover mit dem Abschluss Staatsexamen. Mit dem Umzug nach Göttingen begann eine mehrjährige Tätigkeit im Bereich Personal in der Privatwirtschaft. Von 1992-2021 war sie Mitarbeiterin der Universität Göttingen, ab 2004 als Fakultätsreferentin im Dekanat Sozialwissenschaften. Als Rentnerin engagiert sie sich im Vorstand der Universität des Dritten Lebensalters Göttingen e.V. und im Vorstand des Förderkreises Forum Wissen e.V.

Mitglied im Rat der Stadt Göttingen war sie von 1996 bis 2006. Zielsetzung der Kandidatur 2026: Die Kooperation von Stadt und Landkreis durch verantwortungsvolle Politik in Rat und Kreistag zu stärken.

→ **GERD ASCHOFF**
JOURNALIST



→ **PETRA HILLEBRANDT**
FAKULTÄTSREFERENTIN



ERINNERUNG AN INGE WETTIG-DANIELMEIER

Die langjährige Göttinger Abgeordnete Inge Wettig-Danielmeier verstarb am 20. Mai im Alter von 89 Jahren. Sie war Mitglied unseres Ortsvereins. Dem Niedersächsischen Landtag gehörte sie von 1972 bis 1990 an, ab 1986 als direkt gewählte Abgeordnete. 1990 wechselte sie in den Bundestag, dem sie bis 2005 angehörte. 1998 wurde sie im Wahlkreis direkt gewählt.

Inge Wettig-Danielmeiers Engagement galt Bildungsfragen und der Gleichstellung von Frauen und Männern. Als der Schwangerschaftsabbruch (§ 218) aufgrund der deutschen Einheit neu geregelt werden musste, organisierte sie den Gruppenantrag für eine liberale Lösung.

Ihr Engagement als Göttingerin galt den Schulfragen und der Hochschulpolitik. Er

folgreich wirkte sie beim Erhalt von Max-Planck-Instituten, die von Verlagerung oder Schließung bedroht waren. Ein wichtiger Erfolg ihrer Arbeit war ein Millionenzuschuss des Landes zur Sanierung des Deutschen Theaters in den 1980er Jahren.

Die Reden der Trauerfeier am 20.06.2026 werden demnächst als Buch erscheinen. Die Arbeit der Verstorbenen würdigten in der Reformierten Kirche: Pastor Michael Ebener, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Matthias Miersch, Sozialdezernentin a.D. Dr. Dagmar Schlapeit-Beck, Bundesministerin a.D. Heidemarie Wiecek-Zeul.

Anfragen zur Buchveröffentlichung bitte per Mail an:
goettingen@spd-ub-goettingen.de

13. SEPTEMBER 2026: IHRE STIMME FÜR GÖTTINGEN.



Ab 10. August kann bereits per Briefwahl gewählt werden. Entweder durch Anfordern der Briefwahlunterlagen oder auch direkt im Wahlamt.



Briefwahlbüro „Weitwinkel“

Philipp-Reis-Straße 2A,

37075 Göttingen

Telefon: 0551 400-5080

Eingang Nord über den Grünen Weg

Montag bis Mittwoch 08.30–15.00 Uhr

Donnerstag 08.30–18.30 Uhr

Freitag 08.30–12.00 Uhr